

# Arbeitsgruppe von Körperbehinderten besetzt Administrationszentrum

Autor(en): **Veenema, Wim**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Puls : Monatsheft der Gruppen IMPULS + Ce Be eF**

Band (Jahr): **21 (1979)**

Heft 1: **Recht und Macht**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-155282>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## **ARBEITSGRUPPE VON KÖRPERBEHINDERTEN BESETZT ADMINISTRATIONSZENTRUM**

### **Die situation:**

Neben der relativitätstheorie von herrn Einstein ist das system der sozialversicherungen in den Niederlanden das komplizierteste, was es gibt auf der welt. Nein, es ist komplizierter, denn es fehlt ihm jeglicher logische zusammenhang!

Dennoch sagt man oft, dass die niederländische sozialversicherungsgesetzgebung zu den besten der welt gezählt werden kann. Auf dem papier ist das zwar sehr schön — aber das drama beginnt, wenn es an die konkrete durchführung der einzelnen sozialgesetze geht.

Nehmen wir als beispiele das AAW (allgem. arbeitsunfähigkeitsgesetz) und das WAO (arbeitsunfähigkeitsgesetz). Das AAW gibt es seit dem 1. oktober 1976, es soll personen zwischen 18 und 65 jahren, die nie lohnbezüger waren, in den genuss von renten und zusatzleistungen (transport, wohnanpassungen, hilfsmittel etc.) kommen lassen. Das WAO gibt es schon länger, es dient menschen, die wohl gearbeitet haben, die aber im laufe der (oder durch die) arbeit invalid geworden sind.

Will nun ein im sinne der beiden gesetze AAW oder WAO arbeitsunfähiger in den genuss der rente oder der zusatzleistungen kommen, dann ist er immer angewiesen auf das GAK/GMD, einen riesenapparat, der vor allem ein administratives und erst in zweiter linie ein ausführendes organ ist. Dieser "betrieb" beschäftigt in 19 regionen 25'000 beamte und angestellte, darunter 500 ärzte, die in instanzen und unterinstanzen zu prüfen haben, ob der antragsteller einer rente oder einer zusatzleistung auch wirklich den im AAW oder WAO aufgestellten normen entspricht. Und weil die gesetze nicht eindeutig, sondern das resultat von politischen machenschaften und von kompromissen im parlament sind, darum kommt es so ziemlich bei jedem fall zu einem grossen tauziehen.

Jede auch noch so einfache anfrage wird deshalb grundsätzlich einmal ein paar wochen in die schublade gelegt, weil die erst-instanz darüber nachdenken muss, ob sie das gesuch überhaupt an die nächste instanz weitergeben soll. Was sage ich: wochenlang? Monatelang, meine ich natürlich. So musste z.b. ein behinderter 6 monate länger als nötig in einem rehabilitationszentrum bleiben, weil in seiner wohnung das spezialbett, das er bei der GAK/GMD angefordert hatte, auf sich warten liess.

### **Die aktionsgruppe und ihr entscheid:**

Um dieser misere der langen wartezeiten ein ende zu machen, wurden seit oktober 1976 von den verschiedensten seiten die verschiedensten vorschläge gemacht. Resultat: die behinderten mussten weiter warten, manchmal noch länger. Dann wurde auch die arbeitsgruppe "MANIFESTATIE" gegründet, sie besteht aus 20 aktivmitgliedern und einem kreis von helfern und informanten, darunter prof. Lolle Nauta, bekannt vom Russel - tribunal.

Diese arbeitsgruppe beschloss im februar 1978, dem problem der langen wartezeiten mit einer harten aktion zu leibe zu rücken: die besetzung des administrationszentrums der GAK/GMD in Groningen. Die aktion wurde am 12./13. april 1978 durchgeführt.



Die transparente an der besetzung: GMD- GAK = ungemach / Wir fordern die abschaffung der abscheulich langen wartezeiten / Die sozialistische partei unterstützt die forderungen der behinderten.

#### Die besetzung:

Die konsternation beim stab des zentrums war sehr gross, als etwa 30 leute hereinkamen, eine gepfefferte erklärung abgaben und forderten, dass die hauptdirektion aus Amsterdam hierher komme. Das befremden wuchs, als wir matratten, decken und lebensmittel in die halle bringen liessen. Zum grossen ärger des direktors wurden riesige transparente am gebäude aufgehängt.

Die "hohen tiere" aus Amsterdam waren auch sehr unangenehm überrascht vom telefonanruf, und sie verweigerten sofort jegliches gespräch mit uns. Naja, wir hatten alle zeit und die praktische unterstützung der sozialistischen partei.

Im laufe des abends kamen reporter von TV, radio und zeitungen, die publizität war gesichert. Am späten abend erschien ein hampelmann aus Amsterdam, möglicherweise ein bote des "big boss", um uns dazu zu bringen, die besetzung abubrechen. Er stiess auf taube ohren. Der nächste tag stand im zeichen des telefons, es wurden gespräche mit parlamentariern, gewerkschaftlern und funktionären des hauptbüros in Amsterdam geführt. Den ganzen tag über bekamen wir telegramme und anrufe aus dem ganzen land von menschen, die sich mit uns solidarisierten. Man könnte sagen, das land stand ein bisschen auf dem kopf.

Wir hatten keine ahnung, wie lange die besetzung dauern sollte. Inzwischen hatten wir auch andere wohnheime angerufen, die uns ev. hätten ablösen können. Gegen 18 uhr bekamen wir besuch von zwei gewerkschaftsvorständen. Nach einem gespräch mit uns haben sie anscheinend druck ausgeübt auf "Amsterdam", denn um 19 uhr bekamen wir einen anruf: Die hauptdirektion sei unterwegs nach Groningen. Die herren kamen gegen 21 uhr an. Es war deutlich zu sehen,

dass sie zu uns vom hohen ross herab sprechen wollten, aber so kamen sie bei uns nicht an. Jeder von uns erzählte seine eigene geschichte und äusserte seine persönlichen beschwerden gegen GAK/GMD. Darüber wünschten wir keine diskussionen mit den herren, so waren sie gezwungen, während der ersten 45 min. den mund zu halten. Danach brachten wir vorschläge, wie man die anfrageprozedur vereinfachen und verkürzen könnte. Sie wurden wohlwollend angehört und es wurde ausgiebig darüber diskutiert. Von seiten der hauptdirektion wurden aber keine zusagen gemacht. Das gespräch endete in tiefer nacht. Danach stellten wir uns die frage: Aufhören oder durchhalten? Die mehrheit war der meinung, wir hätten durch die diskussion wichtiges erreicht. Wir sollten eher auf dem parlamentarischen weg die sache weiter verfolgen. Ein gruppenmitglied teilte den herren unsern entschluss folgendermassen mit: Wir werden weiterkämpfen (die direktoren erleichtern), aber wir beenden die aktion (erleichterung).

In den vergangenen monaten hat die arbeitsgruppe noch sehr viel an diesem problem weitergearbeitet, u.a. fanden ein gespräch mit einer parlamentskommission und eines auf dem hauptbüro statt. Die probleme sind bei weitem nicht gelöst, aber es ist zeit, dass wir uns jetzt mit andern dingen beschäftigen, vornehmlich mit den architektonischen barrieren und den transportproblemen.

Es ist äusserst wichtig, dass die behinderten selbst aktiv werden und all den dingen zu leibe rücken, durch die sie unnötigerweise eingeschränkt werden. So kann eine kleine gruppe betroffener viel erreichen, nicht nur für sich selber, sondern für die gesamte gesellschaft.

Wim Veenema, Plutolaan 527, Groningen NL

---

## UNO-RECHTE GIBT'S - UND WIE! DOCH WEITER KOMMT MAN OHNE SIE ...

---

"Behinderte sollen gegen jegliche ausnutzung, gegen bestimmungen und behandlungen diskriminierender, beleidigender oder herabsetzender art geschützt werden." (Artikel 10 der UNO-deklaration über die "rechte der behinderten" vom 9. dezember 1975)

Will ein rollstuhlbehinderter mit der deutschen Lufthansa fliegen, so muss er zuvor vom hausarzt eine "beurteilung der reisefähigkeit kranker fluggäste" ausfüllen lassen. Nach dem vordruck bescheinigt der arzt dann dem behinderten: "zustand, aussehen und verhalten werden nicht zur belästigung oder gefährdung von mitreisenden führen."

(aus: DIE ZEIT vom 1. dezember 1978)

